

Niederschrift

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.10.2010

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),
Zeit: 16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	Vertretung ab 18:00 Uhr: Herr Hildebrandt
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertrat Herrn Krause
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Rainer von Nievenheim	Verw.	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		

Entschuldigt fehlen:

Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter: Frau Haupt
Herr Tom Wolter für Halle	MitBÜRGER	Vertretung durch Frau Wolff
Frau Martina Beßler	Verw.	Vertretung durch Herrn von Nievenheim

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- zur Vorlage V/2010/09122: Entwurf der Nachtragssatzung der Stadt Halle(Saale) für das Haushaltsjahr 2010, Stand 19.10.2010 einschließlich Veränderungslisten.
- Antwort des Dez. II vom 15.10.2010 zur Top 5.6 Abfallgebührensatzung bezüglich der Frage der Verrechnung des Überschusses von 661 T €.
- Stellungnahme der Verwaltung zu Anfragen des Finanzausschusses zur BV V/2010/09110 in der Sitzung vom 21.09.2010.
- Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage aus dem Finanzausschuss am 21.09.2010 bezüglich der Entwicklung der Gemeindeanteile Einkommen- und Umsatzsteuer für Haushalts- und Finanzplanung.
- Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 14.10.2010 zur 2. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006 (Vorlage: V/2010/09092) und zur 2. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2009 (Vorlage: V/2010/09093).
- Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 14.10.2010 zur Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplanung 2010 und Haushaltskonsolidierung (Vorlage: V/2010/09122).
- Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 14.10.2010 in gleicher Angelegenheit.
- Information des Dezernates Wirtschaft und Arbeit vom 18.10.2010 bezüglich der Vorlage V/2010/09065 Grundsatzbeschluss zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SGB II hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen.
- Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle(Saale) im Rahmen des Konjunkturpaktes II mit Stand vom 18.10.2010.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorlage

5.10 „Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Hauses Halle e. V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß §91 Abs. 2 LHO. Vorlage V/2010/08816“ wird von der Tagesordnung abgesetzt

Die Verwaltung bat die Vorlage zu Top 5.8 (Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SGB II Bereich, Vorlage V/2010/09150 als neuen Top 5.1 vorzuziehen.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. Oktober 2010 – öffentlicher Teil

Herr Dr. Meerheim bat die Vorlage 5.13 Nachtragshaushaltssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 mit Haushaltskonsolidierungskonzept, Vorlage V/2010/09122 als neuen Top 5.2 vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis über die neue Tagesordnung:

7 Ja-Stimmen,
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen
Einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
 2. Feststellung der Tagesordnung
 3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 21. September 2010
 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 5. Beschlussvorlagen
-
- 5.1. Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SGB II Bereich
Vorlage: V/2010/09065
 - 5.2. Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: V/2010/09122
 - 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachtragssatzung,
Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept (Vorlagenr.: V/2010/09122)
Vorlage: V/2010/09269
 - 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat
Halle (Saale) zum Nachtragshaushaltsplan 2010
Vorlage: V/2010/09260
 - 5.3. Jahresabschluss 2009 für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09137
 - 5.4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an
Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)
Vorlage: V/2009/08279
 - 5.4.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der
Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09097
 - 5.5. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen im Zeitraum
der Schuljahre 2010/11 bis 2013/14

Vorlage: V/2010/08664

- 5.6. Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: V/2010/09000
- 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagennr.: V/2010/09000)
Vorlage: V/2010/09270
- 5.6.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts" - Vorlage-Nr.: V/2010/09000
Vorlage: V/2010/09272
- 5.7. 2. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"
Vorlage: V/2010/09092
- 5.8. 2. Satzung zur Änderung der "Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2009"
Vorlage: V/2010/09093
- 5.9. Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)
- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09057
- 5.10. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) vom 26. Mai 2004
Vorlage: V/2010/09150
- 5.11. Dritte Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: V/2010/09112
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM
Vorlage: V/2010/08709
- 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten
Vorlage: V/2010/08805
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Sachstandsbericht zum Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
- 8.2. Sachstandsbericht zum weiteren Vorgehen bezüglich der verbleibenden Struktureinheiten des EB ZGM nach Bildung des Hauptamtes
- 8.3. Sachstandsbericht zur Situation der Zoologischen Garten Halle GmbH
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 21. September 2010

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 21.09.2010 wurde genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurden folgende nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst:

zu 3.1 Steuerangelegenheiten - Vorlage: V/2010/09110

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung beschließt auf der Grundlage des § 261 der Abgabenordnung und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2

1. die befristete Niederschlagung der Grundsteuerrückstände sowie der Nebenforderungen bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens in Höhe von 91.217,50 €.
2. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 56.564,15 €.
3. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 109.432,96 €.
4. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 90.537,00 €.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SGB II Bereich Vorlage: V/2010/09065

Frau Hintz erklärte sich für befangen und nahm an der Diskussion und der Abstimmung nicht teil.

An der Diskussion beteiligten sich Herr BG Neumann, Herr BG Kogge, Frau Wolff, Frau Nagel, Frau Haupt.

Herr BG Neumann führte in die Thematik ein und erläuterte die Vor- und Nachteile des Modells „Options-Kommune“.

Frau Nagel fragte nach, ob die genannten 30.000,- Euro für die Beauftragung eines Dritten für die Unterstützung der Antragsstellung wirklich notwendig sind. Herr BG Neumann führte aus, dass die Kosten für eine Beauftragung aller Voraussicht nach nicht so hoch sein werden. Eine Beauftragung nach außen sei unerlässlich.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte:

Beschlusspunkt 1:

4 Ja Stimmen
6 Nein-Stimmen
0 Enthalten

mehrheitlich abgelehnt

Beschlusspunkt 2:

4 Ja Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Enthalten

mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemäß § 6a SGB II den Antrag auf Option beim Land Sachsen-Anhalt zu stellen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, für die Einstellung der Geschäftstätigkeit der GmbHalle notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 5.2 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und
Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: V/2010/09122**

Herr Weirich stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen „Änderungsantrag zur Vorlage ‚Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept‘“ Vorlage V/2010/09269.

Beide Vorlagen (V/2010/09122 und V/2010/09269) wurden gemeinsam behandelt.

Verwaltungshaushalt, Seiten 9 bis 11

Herr Dr. Meerheim schlug vor, die Seiten 9 bis 11 (Veränderung der Ansätze im Verwaltungshaushalt) Haushaltstelle für Haushaltstelle durchzugehen und damit den Beschlusspunkt Nr. 3 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzuarbeiten und abzustimmen.

Mit dieser Verfahrensweise waren die Mitglieder einverstanden.

Beschlusspunkt Nr. 3 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

HH-Stelle 1.0260.718000: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen. Damit wurde dem AA V/2010/09269 nicht

zugestimmt.

HH-Stelle 1.3318.718000: Zur dieser HH-Stelle wurde auf den Beschluss des Kulturausschusses vom 13.10.2010 (Beschluss zum ÄA der Fraktionen DIE LINKE, SPD, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hingewiesen.

Frau Gruß (Amt 20) erläuterte, dass eine Entscheidung über die Beschlusspunkte 3 und 4 des Beschlusses des Kulturausschusses aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist.

Abstimmung zur HH-Stelle 1.3318.718000:

ÄA V/2010/09269, Beschlusspunkt 3:
5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, nicht zugestimmt.

Abstimmung zum Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 13.10.2010, Beschlusspunkte 1 und 2: 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen. Damit stimmte der Finanzausschuss dem Beschluss des Kulturausschusses vom 13.10.2010 ohne die Punkte 3 und 4 zu.

HH-Stelle 1.3400.718000: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen. Damit wurde dem ÄA V/2010/09269, Beschlusspunkt 3 nicht zugestimmt.

HH-Stelle 1.3400.718000: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen. Damit wurde dem ÄA V/2010/09269 nicht zugestimmt.

HH-Stelle 1.3660.718000: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen. Damit wurde dem ÄA V/2010/09269 nicht zugestimmt.

HH-Stelle 1.3700.718000: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen. Damit wurde dem ÄA V/2010/09269 nicht zugestimmt.

HH-Stelle 1.4700.718200: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen. Damit wurde dem ÄA V/2010/09269 nicht zugestimmt.

HH-Stelle 1.4750.718100: 1 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen. Damit wurde dem ÄA V/2010/09269 nicht zugestimmt.

HH-Stellen 1.5500.71800 und 1.5500.718100: Hier verwies Herr Beigeordneter Dr. Wiegand auf die Beschlüsse des Sportausschusses vom 05.10.2010. Die geforderte Einsparsumme in Höhe von 129.500,- in beiden HH-Stellen soll anderweitig erzielt werden (siehe Beschlussauszug der Niederschrift der Sitzung des Sportausschusses vom 05.10.2010).

Beschlussfassung über den ÄA, Beschlusspunkt 3 zu den HH-Stellen 1.5500.71800 und 1.5500.718100: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen. Damit wurde dem ÄA V/2010/09269, Beschlusspunkt 3 nicht zugestimmt.

Insgesamt wurde dem Beschlusspunkt 3 des ÄA V/2010/09269 nicht zugestimmt.

Zu den übrigen HH-Stellen, welche auf den Seiten 9 bis 11 der Vorlage V/2010/09122 aufgeführt sind, wurden keine Beschlüsse gefasst.

Vermögenshaushalt, Seiten 15 bis 17

An der Diskussion zum Vermögenshaushalt beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Weihrich, Herr Misch, Herr BM Dr. Pohlack, Herr BG Geier.

Herr Bönisch fragte nach, ob bei den Reduzierungen im Vermögenshaushalt in den Bereichen Hoch- und Tiefbau nicht eigentlich Kurzarbeit bei den Mitarbeitern des Tiefbauamtes und des ZGM eingeführt werden müsste. Herr Dr. Pohlack verwies darauf, dass die Mitarbeiter auch weiterhin genügend Arbeit haben.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. Oktober 2010 – öffentlicher Teil

Herr Misch fragte nach, ob die Entscheidung des EuGH in Bezug auf einen Beamten der Berufsfeuerwehr Auswirkungen auf die Personalkosten habe. Herr Geier erläuterte, dass dies nicht der Fall ist, da das Gericht nur über die Rechtmäßigkeit einer Abordnung entschieden habe.

Herr Bönisch fragte nach, weshalb dem Ausschuss nicht die Mittelabflussmittel ausgehändigt werden. Herr Geier erläuterte, dass hier eine Überarbeitung anstehe.

Im Übrigen wurde über die Ansätze im Vermögenshaushalt keine Entscheidung getroffen.

(18:00 Uhr: Herr Stadtrat Müller, CDU, verließ den Sitzungssaal, Herr Hildebrandt, CDU trat an seine Stelle)

Haushaltssolidierung Stadt Halle (Saale), Seite 29 bis 140 der Vorlage V/2010/09122:

Wurde gemeinsam mit den Beschlusspunkten 1 und 2 des ÄA V/2010/09269 behandelt:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Misch, Frau Hintz, Frau Wolff

Maßnahme I/108 Reduzierung Fördermittel:

Beschluss über Beschlusspunkt 1 des ÄA V/2010/09269:

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Somit wurde der Beschlusspunkt angenommen.

Maßnahme II/110 Oberflächenentwässerung

Auf Nachfrage, ob diese Maßnahme realistisch ist, erläuterte Herr BM Pohlack, dass der derzeitige Verhandlungsstand durchaus die Annahme zulässt, dass die genannte Maßnahme so erfolgen wird.

Maßnahme II/119 Straßenbeleuchtung

Hier bemerkte Herr Wehrich, dass das Haushaltskonsolidierungskonzept nur eine Sammlung von Ideen sein. Herr BM Pohlack entgegnete, dass dies nicht der Fall ist. Auch bei dieser Maßnahme ist mit einer Realisierung zu rechnen.

Maßnahme III/122 Amt für Bürgerservice

Herr Knöchel fragte nach, wie viele Stellen von dieser Maßnahme betroffen wären. Die Verwaltung gab acht Stellen an.

Maßnahme III/126 Studentenbonus - Semesterticket

Frau Hintz fragte nach, ob sich die Einsparung wirklich rechne, wenn man die Einnahmen aus dem FAG gegenüber stellen würde.

Herr BG Geier antwortete, dass zur Zeit eine Diskussion zu Änderung der Berechnung der Finanzzuweisungen aus dem FAG im Gange ist. Vorgesehen ist, dass die FAG-Zuweisungen weniger an der Einwohnerzahl festgemacht werden, sondern eher eine aufgabenbezogen Zuweisung erfolgen solle.

Beschluss zur Maßnahme III/126:

Mit 7 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen stimmte der Ausschuss gegen diese Maßnahme.

Maßnahme IV/34 Trägerschaftswechsel Parkeisenbahn

Herr Dr. Wöllenweber teilte mit, dass u. U. ein Rückfall an die Stadt Halle (Saale) zu erwarten ist.

Maßnahme IV/98 Reduzierung der Förderschullandschaft auf die notwendigen Bedarfe

Herr BG Kogge teilte mit, dass eine entsprechende Vorlage im November oder Dezember den Gremien vorgestellt wird.

Maßnahme IV/104 Reduzierung jährlicher Zuschuss SPI NBZ „Pustebäume“

Herr BG Kogge teilte mit, dass diese Maßnahme überarbeitet wird.

**Maßnahme IV/105 Reduzierung der Zuweisung für Suchtberatungsstellen
Beschlusspunkt 2 des ÄA V/2010/09269**

Beschluss:

7 Ja-Stimmen,
4 Nein-Stimmen

Mehrheitlich wurde dem ÄA zugestimmt.

Beschluss über die Vorlage „Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept““ Vorlage V/2010/09269“ einschl. von der Verwaltung vorgelegten Veränderungen

2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen.

Damit wurde der Vorlage Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept““ Vorlage V/2010/09269“ einschl. von der Verwaltung vorgelegten Veränderungen mehrheitlich nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Nachtragssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2010 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Finanzierung des erforderlichen Nachfinanzierungsbedarfs in Höhe von 668.200 EUR - die kommunalaufsichtliche Genehmigung vorausgesetzt – Darlehen im Rahmen des Konjunkturprogramms II bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu den gebotenen Konditionen aufzunehmen.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept (Vorlagenr.: V/2010/09122)
Vorlage: V/2010/09269**

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlusspunkte wurden getrennt abgestimmt:

Beschlusspunkt 1: einstimmig zugestimmt.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. Oktober 2010 – öffentlicher Teil

Beschlusspunkt 2: mehrheitlich zugestimmt: 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen.

Beschlusspunkt 3: mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Die Vorlage wird unter der Voraussetzung beschlossen, dass

1. die Maßnahme I/108 „Reduzierung der Fördermittel“ im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes gestrichen wird.
2. die Maßnahme IV/105 „Reduzierung der Zuweisungen für Suchtberatungsstellen“ im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes gestrichen wird.
3. sich die finanzielle Ausstattung der folgenden Haushaltsstellen an der Haushaltssatzung 2010 orientiert und nicht Gegenstand des Nachtragshaushaltes 2010 ist:

Haushaltsstelle 1.0260.718000 (Büro für Gleichstellung)

Haushaltsstelle 1.3318.718000 (Theater und Konzerte)

Haushaltsstelle 1.3400.718000 (sonstige Kunstpflege)

Haushaltsstelle 1.3660.718000 (Heimatpflege)

Haushaltsstelle 1.3700.718000 (Kirchen)

Haushaltsstelle 1.4700.718200 (Förderung der Wohlfahrtspflege)

Haushaltsstelle 1.4750.718100 (Förderung der Jugendhilfe)

Haushaltsstelle 1.5500.71800 (Sportförderung/Sportverwaltung, Zuschüsse an übrige Bereiche)

Haushaltsstelle 1.5500.718100 (Sportförderung/Sportverwaltung, Zuschüsse Betriebskosten)

**zu 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale) zum
Nachtragshaushaltsplan 2010
Vorlage: V/2010/09260**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

7 Ja-Stimmen

4 Nein Stimmen

0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss beschließt:

1. Die Haushaltsstelle 1.3318.718000 wird um 9.000,00 € auf 29.000,00 € angehoben im „Ansatz neu“.
2. Die Mehrausgabe von 9.000,00 € ist ausschließlich zur Projektförderung für den Träger „Radio Corax“ einzusetzen.

(19:00 Uhr- 15 Minuten Pause)

zu 5.3 Jahresabschluss 2009 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09137

Es wurde keine Diskussion gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss für den **EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)** für das Wirtschaftsjahr 2009 wird wie folgt festgestellt:

Jahresgewinn: 675,74 €
Bilanzsumme: 28.285.184,75 €.

2. Dem Betriebsleiter des **EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)** wird für das Wirtschaftsjahr 2009 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Jahresgewinn in Höhe von 675,74 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.

zu 5.4 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)
Vorlage: V/2009/08279

Herr Misch teilte mit, dass er ursprünglich dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen wollte, aber die Stellungnahme der Verwaltung hat ihn überzeugt, der Vorlage der Verwaltung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen
0 Nein- Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.

Familienverträglichkeitsprüfung:

Da sich die Sondernutzungsgebührensatzung kaum auf Familien auswirkt, ist die Satzung familienverträglich.

Finanzielle Auswirkung:

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur
Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09097**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme
7 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen.

Beschlussvorschlag:

§ 5 (4) wird wie folgt geändert:

„Die Erteilung der Erlaubnis ~~kann~~ ist von der vorherigen Zahlung der Gebühren ~~Kosten~~ ~~oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses~~ abhängig gemacht werden. Soweit ~~der Vorschuss die Vorauszahlung~~ die endgültige Gebührenschild ~~Kostenschild~~ übersteigt, ist ~~er~~ der überzahlte Betrag zu erstatten.“

§ 6 (2) wird wie folgt ergänzt:

„...Jeder genehmigte Einzelfall muss den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschuss des Stadtrates schriftlich mitgeteilt werden.“

**zu 5.5 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die
Berufsbildenden Schulen im Zeitraum der Schuljahre 2010/11 bis
2013/14
Vorlage: V/2010/08664**

Es wurde keine Diskussion gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Bezugsbeschlüsse:

- 1) Mittelfristige Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 vom 17.12.2003 (Beschlussnummer III/2003/03419)
- 2) Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 (Beschlussnummer: IV/2008/07382)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt der Schulentwicklungsplanung für Berufsbildende Schulen in dem Zeitraum 2010/11 bis 2013/14 gemäß der vorgegebenen Gliederung zu.

2. Der Stadtrat nimmt die Vereinbarung der Schulträger im Südverbund Sachsen-Anhalts - die Landkreise Saalekreis, Mansfeld-Südharz und Burgenlandkreis mit der Stadt Halle (Saale) - zur Kenntnis.
3. Der Stadtrat beschließt die Konzentration der Angebote des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) und des Berufsgrundbildungsjahres der Berufsbildenden Schulen (BbS) I/II und V am Standort Halle-Neustadt (An der Schwimmhalle) beginnend ab dem Schuljahr 2011/12.
4. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen weiterer Fortschreibungen des Schulentwicklungsplanes für den Bereich der Berufsbildenden Schulen durch Standortkonzentrationen die Standorte
Kirchstraße zum Schuljahr 2011/12
Grasnelkenweg zum Schuljahr 2012/13
Rainstraße spätestens zum Schuljahr 2014/15

frei zu lenken.

Familienverträglichkeit

Durch das Dezernat Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung wurde der vorliegende Beschlussentwurf auf Familienverträglichkeit geprüft.

Mit den den Berufsbildenden Schulen auch nach den Standortkonzentrationen zur Verfügung stehenden Räumen kann ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb gesichert werden. Bildungsinhalte und Schulprofile können fortgeführt und erweitert werden.

Die Ausstattung der mittel- und langfristig verbleibenden Schulstandorte soll aus den aufgelösten Beständen weiter verbessert und vervollkommen werden.

Anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern wird entsprechend der Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Schülerbeförderung eine Schülerjahreskarte zur Verfügung gestellt bzw. ein Zuschuss zu den Aufwendungen der Benutzung des ÖPNV gewährt, wenn der Schulweg die zumutbare Länge überschreitet.

Die Umsetzung rechtlicher Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Jahrgangsstärken sowie wirtschaftliche Belange der Vorhaltung von Schulstandorten unter den Aspekten des Bauzustandes und der Auslastung bedingen zum Teil Entscheidungen, die auch negative Auswirkungen, wie z. B. längere Schulwege, auf die Schülerinnen und Schüler haben.

Finanzielle Auswirkung:

Objektbezogene Ausgaben pro Jahr in Euro:

(Grundlage: HH-Plan 2010)

Objekt	Serviceentgelt	Nebenkosten	Reinigung	Kosten gesamt
Kirchstraße 9	17.482,08	54.885,36	21.099,96	93.467,40
Grasnelkenweg 16	154.561,44	173.356,32	68.100,00	369.017,76
Rainstraße 19	69.652,68	122.919,36	36.200,04	228.772,08

Reduzierung des Sanierungsbedarfes für Schulobjekte

(geschätzte Sanierungskosten)

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. Oktober 2010 – öffentlicher Teil

Grasnelkenweg 16 6,016 Mio Euro

Rainstraße 19 4,8 Mio Euro

Das Objekt Kirchstraße ist sanierungsbedürftig. Auf eine Ermittlung von Sanierungskosten wurde bisher verzichtet, da bereits längerfristig von einer Objektaufgabe ausgegangen wird.

Kostenangaben zum Objekt An der Schwimmhalle 6

Derzeit laufen Gespräche der Verwaltung mit der Maklerfirma.

Durch die Verwaltung wird eine Grundsatzentscheidung zum Kauf bzw. zur Anmietung erfolgen. In diesem Zusammenhang wird es auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung geben, deren Ergebnisse im Falle einer erforderlichen Beschlussfassung den Fachausschüssen sowie dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben werden.

zu 5.6 Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts Vorlage: V/2010/09000

Abstimmungsergebnis: Einzelabstimmung der Beschlusspunkte 3 und 4

Abstimmung über den neuen Beschlusspunkt 3:

5 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmung über den neuen Satz 2 des Beschlusspunktes 4 (ehemals 3)

7 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmung über die Gesamtvorlage in geänderter Fassung:

10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss: geänderter Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat beschließt die Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die den Namen „Bildung und Erziehung - Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale)“ tragen soll. Die Umwandlung soll auf den Stichtag 01.01.2011 erfolgen.

2. Alle Verträge und Vereinbarungen zwischen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle und dem Eigenbetrieb ZGM gehen im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge auf die Anstalt des öffentlichen Rechts über.
3. **In der Anstaltssatzung ist an geeigneter Stelle ein Weisungsrecht des Stadtrates einzuarbeiten.**
4. Die Besetzung des Verwaltungsrates erfolgt auf Grundlage des § 46 GO LSA in Verbindung mit der Vorlage IV/2009/08060 nach dem Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen (Verfahren Hare/Niemeyer).
In § 7, Abs.1, dritter Anstrich ist die Zahl 6 durch die Zahl 9 zu ersetzen
Die Vergütung der Mitglieder erfolgt gemäß Stadtratsbeschluss V/2010/08593 in Kategorie E.
5. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage
Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle
(Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagennr.:
V/2010/09000)
Vorlage: V/2010/09270**

Die Vorlage wurde gemeinsam mit dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlagennummer V/2010/09270) und dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKEN (Vorlagennummer: V/2010/09272) behandelt.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Weirich, Herr Kreisel, Frau Haupt, Frau Wolff.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beschließt die Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die den Namen „Bildung und Erziehung - Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale)“ tragen soll. Die Umwandlung soll auf den Stichtag 01.01.2011 erfolgen.
2. Alle Verträge und Vereinbarungen zwischen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle und dem Eigenbetrieb ZGM gehen im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge auf die Anstalt des öffentlichen Rechts über.
3. **In der Anstaltssatzung ist an geeigneter Stelle ein Weisungsrecht des Stadtrates einzuarbeiten.**
4. Die Besetzung des Verwaltungsrates erfolgt auf Grundlage des § 46 GO LSA in Verbindung mit der Vorlage IV/2009/08060 nach dem Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen (Verfahren Hare/Niemeyer).
Die Vergütung der Mitglieder erfolgt gemäß Stadtratsbeschluss V/2010/08593 in Kategorie E.
5. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 5.6.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts" - Vorlage-Nr.: V/2010/09000
Vorlage: V/2010/09272**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt, den Punkt 4 der Vorlage wie folgt zu ändern:

4. Die Besetzung des Verwaltungsrates erfolgt auf Grundlage des § 46 GO LSA in Verbindung mit der Vorlage IV/2009/08060 nach dem Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen (Verfahren Hare/Niemeyer).

In § 7, Abs. 1, dritter Anstrich ist die Zahl 6 durch die Zahl 9 zu ersetzen.

Die Vergütung der Mitglieder erfolgt gemäß Stadtratsbeschluss V/2010/08593 in Kategorie E.

**zu 5.7 2. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"
Vorlage: V/2010/09092**

Es wurde keine Diskussion gewünscht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen
0 Nein- Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die 2. Satzung zur Änderung der „Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006“ wird beschlossen.

**zu 5.8 2. Satzung zur Änderung der "Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2009"
Vorlage: V/2010/09093**

Es wurde keine Diskussion gewünscht.

Abstimmungsergebnis: einheitlich zugestimmt

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die 2. Satzung zur Änderung der „Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2009“ wird beschlossen.

**zu 5.9 Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)
- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09057**

Es wurde keine Diskussion gewünscht

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, die Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung) neu aufzustellen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung) in der Fassung vom 15. September 2010.
3. Der Entwurf der Stellplatzsatzung in der Fassung vom 15. September 2010 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung sind nach § 85 Absatz 3 Satz 2 Bauordnung Land Sachsen-Anhalt (BauO LSA) in Verbindung mit § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen.

**zu 5.10 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale)
über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)
vom 26. Mai 2004
Vorlage: V/2010/09150**

Es wurde keine Diskussion gewünscht.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

8 Ja-Stimmen
3 Nein- Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt mit Wirkung ab dem Jahr 2011 die zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze vom 26. Mai 2004.

Finanzielle Auswirkung: Haushaltsstelle: VerwHH : 1.9000.001000 -
Mehreinnahmen: ca. 1.100.000 T€

zu 5.11 Dritte Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung Vorlage: V/2010/09112

Es wurde keine Diskussion gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle:VerwHH : 1.9000.022000: Mehreinnahmen: ca. 80.000 Euro

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM Vorlage: V/2010/08709

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
Mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt das Rechnungsprüfungsamt mit der Überprüfung der Rechnungsstellung des ZGM für 531010 Grundmiete (Serviceentgelt), 531020 Bewirtschaftungskosten, 531030 Reinigung und 531040 Nachzahlung Bewirtschaftung aus VJ aus den Jahren 2008 und 2009 sowie der Kalkulation dieser Posten für das Jahr 2010 auf sachliche Richtigkeit und sachgemäße und eindeutige Zuordnung zu den einzelnen Schulen und Kindertagesstätten der Stadt. Die Entwicklung der Kosten ist dabei mit Daten aus der Immobilienwirtschaft wie z.B. den städtischen Wohnungsgesellschaften HWG und GWG zu vergleichen. Kostensteigerungen von mehr als 10 % und das Verfahren zur Errechnung der Grundmiete sind dabei besonders zu untersuchen.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. Oktober 2010 – öffentlicher Teil

Über die Prüfung ist ein Prüfbericht zu erstellen und dem Rechnungsprüfungsausschuss, dem Bildungsausschuss und dem Stadtrat vorzulegen.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten
Vorlage: V/2010/08805**

Es wurde keine Diskussion gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthalten

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle bestellt eine/n hauptamtlich tätige/n Kinder- und Jugendbeauftragte/n, welche/r dem Amt für Kinder, Jugend und Familie zugeordnet ist.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 8 Mitteilungen

Die Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.3 wurden auf die Novembersitzung verlagert.

zu 8.1 Sachstandsbericht zum Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH

Der Tagesordnungspunkt wurde auf die Novembersitzung des Ausschusses verschoben.

zu 8.2 Sachstandsbericht zum weiteren Vorgehen bezüglich der verbleibenden Struktureinheiten des EB ZGM nach Bildung des Hauptamtes

Der Tagesordnungspunkt wurde auf die Novembersitzung des Ausschusses verschoben.

zu 8.3 Sachstandsbericht zur Situation der Zoologischen Garten Halle GmbH

Der Tagesordnungspunkt wurde auf die Novembersitzung des Ausschusses verschoben.

zu 9 mündliche Anfragen

Herr Böhnisch bat darum, die aktuelle Haushaltssatzung der Stadt auf der Homepage zu veröffentlichen.

Herr Wehrich fragte nach dem derzeitigen Stand der Abflüsse im Bereich der Fördermittelanträge und ob die Antragsteller eine Mitteilung darüber erhalten, das ihre Anträge entweder abgelehnt oder nicht im vollem Umfange genehmigt werden.

Herr Geier teilte mit, dass selbstverständlich die Antragsteller eine Mitteilung über den Bearbeitungsstand der Fördermittelanträge erhalten. Weiterhin sicherte er zu, dass zur Ausschusssitzung am 7. Dezember 2010 eine Informationsvorlage über die Abflüsse der Fördermittel verteilt wird.

Herr Böhnisch fragt nach dem Sachstand der Verwendung der VNG-Mittel. Herr Geier erläuterte, dass zur Zeit eine Bewertung durch das Innenministerium erfolgt.

Weiterhin fragte Herr Böhnisch nach dem Investitionsstau im Straßenbaubereich. Herr BM Pohlack antwortete, dass zur Zeit eine Auswertung erstellt wird. Diese auch im Zusammenhang mit dem Investitionsstau im Hochbaubereich.

Herr Dr. Wöllenweber fragte nach, was passiert, wenn der Nachtragshaushalt 2010 nicht beschlossen wird. Herr Geier antwortete, dass dann der Stand von Juli 2010 eintritt, einschließlich der Verfügung des Landesverwaltungsamtes. Welche weiteren Maßnahmen dieses dann erlassen wird, ist aus derzeitiger Sicht nicht vorhersehbar.

Herr Dr. Meerheim fragte nach, wann mit der Einbringung des Haushaltes 2011 zu rechnen ist. Herr Geier antwortete, dass Januar 2011 geplant ist.

Herr Böhnisch bat für die kommende Hauptausschusssitzung um eine Erläuterung der finanziellen Auswirkungen der Vorlage Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg Vorlage: V/2010/09127, welche am 20.10.2010 im Hauptausschuss beraten wird.

Herr Dr. Meerheim ging nochmal zurück auf die heute verteilte Haushaltssatzung, einschließlich Veränderungslisten mit Stand 19.10.2010. Er fragte die Verwaltung warum es zu den Mehrausgaben von 2,8 Mio. Euro im HzE-Bereich kommen konnte (siehe Seite III der Veränderungslisten vom 19.10.2010). Herr BG Kogge sicherte eine Antwort bis zur Ratssitzung zu.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Rainer von Nievenheim
Protokollführer